In diesem Artikel wird die Meinung vertreten, dass ein Ende der Sanktionen gegen Russland nicht bedeutet, Russlands Präsident „freie Hand“ und die Ukraine „im Stich“ zu lassen. Wer „das sofortige Ende der für die deutschen Bürger zerstörerischen und bezüglich des Kriegs wirkungslosen Politik fordert“, mache sich nicht zum „´nützlichen Idioten´ der Russen“, sondern vielmehr „zum rationalen Anwalt der eigenen Mitbürger“. Obwohl die „offizielle Begründung“ nicht haltbar sei, werde die Sanktionspolitik, die die Bürger ausplündere und möglicherweise die „industrielle Basis Deutschlands“ beschädige, „radikal und zielgerichtet von Grünen, FDP und SPD umgesetzt“. Tobias Riegel meint, „Dummheit und Unvermögen“ seien hier als Motive auszuschließen. Vielmehr würden vermutlich „konkrete Interessen bedient“, die „zuerst bei deutschen und internationalen Energie- und Rüstungskonzernen und vielleicht auch bei ausländischen Regierungen“ liegen könnten. Für die interessanten Zuschriften bedanken wir uns. **Christian Reimann** hat für Sie die Leserbriefe zusammengestellt.

---

1. Leserbrief

Lieber Herr Riegel, geschätztes NDS Team,

Passend zu Ihrem Artikel kam gerade heute eine Nachricht unseres Gasversorgers. Er kündigt eine 30% Erhöhung zum 1.10.22 an, aber dass wird erst mal nur die Gasumlage beinhalten. Eine Verdreifachen des Gaspreises zum 1.1.23 wird angekündigt, ohne dass weitere Erhöhungen ausgeschlossen werden können. Da ich seit diesem Jahr in Rente bin müssen wir dann ca. 40% der Rente für die Gasrechnung abstellen. Mit meiner Rente kommen wir also nach 46 Jahren Beitragszahlung noch gerade so über die Runden, ich frage mich allerdings wie all die Menschen mit geringeren Renten diesen Wahnsinn bezahlen sollen. Hier wird m. M. auf perfide Art und Weise ein Großteil der Menschen in D. gezielt verarmt. Das wird nicht gut gehen. Wir haben es mit einer offensichtlich kriminellen Regierung zu tun, die nicht nur der Ukraine mir ihren Waffenlieferungen einen Bärendienst erweist (wieviele Ukrainer sollen denn in diesem sinnlosen noch Krieg geopfert werden? 20.000? 50.000? Wozu?). Daneben wird die Industrie Deutschlands zerstört, die Bevölkerung verarmt und alles nur mit dem Ziel die Hegemonie der USA zu sichern? Was für ein Irrsinn. Zynischer bemerkt, vielleicht war der Plan der, dass Putin sich tot lacht, militärisch werden sie Ihn jedenfalls nicht klein kriegen. Ich hoffe die Menschen in Deutschland und vor Allem in der Ukraine, bemerken möglichst bald wohin die Reise geht. Hoffentlich nicht zu spät…

Viele Grüße

Peter F.

---

2. Leserbrief

Hallo Herr Riegel,

da die openPetition der Kreishandwerkerschaft Anhalt Dessau-Roßlau genau die in Ihrem Beitrag geschilderte Thematik aufgreift, bitte ich Sie zu überlegen, ob die NDS nicht einen Hinweis auf die als Basisinitiative entstandene Petition bringen könnten, indem z.B. folgender Link veröffentlicht würde.

Das würde die Initiative sicherlich massiv “befeuern”!

Vielen Dank im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen
Reinhard Sichert

---

3. Leserbrief

Sehr geehrtes Team der Nachdenkseiten,

Tobias Riegel kommt zu folgenden Schluss:

“Mit der aktuellen Politik der Bundesregierung werden mutmaßlich konkrete Interessen bedient – und die liegen vermutlich zuerst bei deutschen und internationalen Energie- und Rüstungskonzernen und vielleicht auch bei ausländischen Regierungen.”

Eines sollte uns allen klar sein: Die aktuelle Politik der deutschen Bundesregierung dient keinesfalls “dem Wohl des deutschen Volkes”, was Handlungsmaxime dieser Regierung gemäß dem laut Artikel 56 GG zu leistenden Amtseid eigentlich hätte sein müssen. Aber statt “Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden” macht diese Regierung das genaue Gegenteil – sie fährt das Land komplett gegen die Wand und ruiniert einen Großteil der Bevölkerung!

Wer so eine Regierung hat, braucht nun wirklich keinen äußeren Feind mehr…da kann

Putin sich noch so sehr anstrengen!

Mit freundlichen Grüßen,
KK

---

4. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Riegel,

spontan und in Kürze zu Ihrem Artikel, dem ich komplett zustimme. Nur, was sollen wir machen? Schätzungsweise die Hälfte der BürgerInnen (die Umfragewerte gehen auseinander, je nachdem wer die Umfrage in Auftrag gab) stimmen dem Vorgehen der Regierung zu, denn sie haben allein die Infos der Leitmedien. Kaum jemand macht sich die Mühe oder hat freie Zeit bzw. Kapazitäten, um sich über die Zusammenhänge profund zu informieren.

Man bleibt ratlos und ohnmächtig zurück, was sich auch in vielen Leserbriefen der NDS widerspiegelt. Zumal jede Form von Widerpart sofort als querdenkerisch, verschwörerisch usw. geframed wird.

Liebe LeserInnen der NDS, haben Sie Vorschläge, was wir machen könnten? Immer auch unter der Voraussetzung, dass wir unserer Arbeit nachgehen müssen, um – mehr denn je – für unseren Lebensunterhalt zu sorgen, ja zu schuften. Ich wäre bereit zusätzlich zu meiner Arbeit Zeit und Kraft zu investieren, allein mir fehlt der Ansatz. Die Front der Zustimmung zur gesamten, nicht mehr rational nachvollziehbaren Politik ist zu groß – so etwas habe ich bislang hierzulande nicht erlebt.

Mit besten und ratlosen Grüßen
Dr. Petra Braitling

---

5. Leserbrief

Liebe Redaktion,

zu

“Gegen die Sanktionen = Gegen die Ukraine? Nein!”

Anmerkung

Gehen wir doch mal auf die ursprünglichen Aussagen unserer Politiker zurück.

das ist hier beschrieben
“Der schmale Grat zwischen Sanktionen und Ausgrenzung.
Die EU richtet sich bei der Auferlegung von restriktiven Maßnahmen laut Europäischem Rat und Rat der Europäischen Union nach dem Grundsatz, Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung vor Ort “auf ein Mindestmaß” zu beschränken. Sanktionen sollen also hauptsächlich Verantwortliche treffen.

Sanktionen gezielt gegen Bevölkerung

Trotz dieses europäischen Grundsatzes bleibt die russische Bevölkerung von den Sanktionen nicht unberührt. Das sei durchaus beabsichtigt, die Sanktionen sollen gezielt auch die Bevölkerung treffen, erklärt Steininger.

Indem durch wirtschaftliche Sanktionen zum Beispiel bestimmte Güter nicht mehr nach Russland exportiert werden, “wollen die Behörden ein klares Zeichen setzen, dass Menschen in Russland von bestimmten Produkten abgeschnitten werden”, so Steininger. Dahinter stecke das Ziel, “dass sich die russische Bevölkerung ihrer Regierung entledigt.”.

sr.de/sr/home/nachrichten/politik_wirtschaft/diskriminierung_gegen_menschen_aus_russland_100.html

Jetzt sehen wir aber, die Zivilbevölkerung trifft es mit voller Härte !

Nicht nur die Russlands und die der USA, Japans und der EU Länder.

Japan hat die Lieferung frischen Obst und Gemüse, aufgrund der hohen Preissteigerungen, an Schulen eingeschränkt.

In Deutschland rechnet man mit bis zu 1.000 Euro mehr Energiekosten pro Personen.

Da die Abrechnungen am Jahresende kommen, kommt das Erstaunen erst mit der Abrechnung für 2023 bzw. erst 2024.

In der Hauptheizsaison Dezember/ Januar 2021 waren ja die Energiepreise noch nicht so hoch.

Meine Hausverwaltung rät die Nebenkosten für meine 43 qm Wohnung ab September von 120 Euro auf 200 Euro zu erhöhen.

Sie haben wie der Mieterbund große Angst, das Mieter ihre Nachzahlung nicht mehr leisten können.

Das gilt für Deutschland.

Aber bitte denken Sie auch daran, es gibt auch andere Länder in der EU.

In Bulgarien liegt das Durchschnittseinkommen bei 550 Euro pro Monat.

Wie soll man damit solche Preissteigerungen bezahlen ?

Von denen, die weniger als der Durchschnitt bekommen, wollen wir gar nicht erst reden.

In Deutschland wird es eine starke Verarmungswelle geben.

In Bulgarien eine Verelendungswelle. In den USA ebenfalls.

Wer weniger als 1,90 USD hat gilt als verelendet.

Da in der 3. Welt die Preise deutlich niedriger liegen, rechnet US Wissenschaftler in den USA mit 4 USD.

Das traf vor der Corona Krise für 5,5 Millionen Amerikaner zu.

Damit hatte die USA mehr als doppelt so viele verelendete wie die Elfenbeinküste, wie u.a. in den Washington Post zu lesen war (Link schickte ich an NDS).

Der dümmste Professor der Welt ?

Er schreibt “Dahinter stecke das Ziel, “dass sich die russische Bevölkerung ihrer Regierung entledigt.”

Aus der Systemtheorie wurden an Hand tausender Beispiele nachgewiesen, das äußere Feinde ein System zusammen schweißen.

Das macht ja unsere Regierung und unsere Medien seit Jahren in dem sie gegen Russland, China, Nordkorea usw. hetzen.

Und wir sehen jetzt auf Sprachplattformen, das es eine sehr hohe Nachfrage bei Chinese in Richtung Russisch gibt.

Mit unseren Sanktionen stärken wir eine Bündnis zwischen Russland und China.

Und wir treffen unsere eigene Bevölkerung. Annalena Baerbock befürchtet “Volksaufstände” !

Mehr zu den Auswirkungen der Sanktionen in der Wirtschaftswoche

“Deutschland steht vor einer langen Rezession

Materialmangel, Energieengpässe, hohe Inflationsraten und steigende Zinsen – der Gegenwind für Deutschlands Wirtschaft ist so heftig wie selten zuvor. Eine Rezession ist kaum mehr zu vermeiden. Sie könnte tiefer und länger ausfallen als erwartet.

In einer gemeinsamen Untersuchung kommen das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), das Bundesinstitut für Berufsbildung und die Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung zu dem Ergebnis, dass der Krieg mit all seinen Konsequenzen die deutsche Wirtschaft bis zum Jahr 2030 mehr als 260 Milliarden Euro an Wertschöpfung kosten könnte.

Allein im nächsten Jahr dürften dem Krieg hierzulande rund 240.000 Arbeitsplätze zum Opfer fallen. Im Schnitt der Jahre 2022 bis 2028 dürfte sich der Jobverlust auf 150.000 Arbeitsplätze belaufen. Dabei haben die Forscher unterstellt, dass die Sanktionen gegen Russland bis 2030 bestehen bleiben, selbst wenn der Krieg bis dahin beendet ist. „Wegen der Kriegswirkungen fällt der Nach-Corona-Aufschwung aus“, sagt Enzo Weber vom IAB.

Mit dem inflationsbedingten Anstieg der Renditen für Staatsanleihen sind auch die Finanzierungskosten für Bauherren gestiegen. Gegenüber Jahresanfang hat sich der Zins für zehnjährige Immobiliendarlehen mehr als verdoppelt. Die von einem jahrelangen Boom verwöhnte Baubranche, die unter Lieferengpässen und Materialmangel leidet, muss daher umdenken. „Viele Bauprojekte werden derzeit zurückgestellt“, sagt Covestro-Chef Steilemann. Entsprechend schwächelt die Nachfrage nach Vorprodukten für Dämmstoffe.

wiwo.de/politik/konjunktur/konjunktur-deutschland-steht-vor-einer-langen-

rezession/28594102.html?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE

Grüße
Dieter Gabriel

---

6. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Riegel,

ich stimme Ihrem Kommentar vollumfänglich zu.

Die Weimarer “Initiative: Diplomatie statt Krieg!” hat zu diesem Thema eine Einwohnerfrage an den am 06.09.22 tagenden Stadtrat von Weimar formuliert und schriftlich eingebracht mit folgendem Wortlaut:

Was wird der Stadtrat tun, um sich für die Beendigung des Krieges Russlands gegen die Ukraine und gegen die Russland-Sanktionen einzusetzen, um die katastrophalen Auswirkungen für unsere Weimarer Einwohnerinnen und Einwohner zu verhindern?

Begründung:

Das Recht auf kommunale Selbstverwaltung ermöglicht den Kommunen, ihre örtlichen Angelegenheiten selbstständig zu erledigen. Sie sind Bestandteile der Bundesländer. Das heißt, auch für Stadträte und Stadträtinnen gilt der Amtseid: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden werde, …!”

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) steht hinten seinem Amtseid und fordert: „Ukraine-Krieg muss eingefroren werden“, das heißt, Diplomatie statt Krieg! Denn die Abhängigkeit Deutschlands von Rohstoffen aus Russland ist eine Tatsache, der man ins Auge blicken muss. Die Unternehmensbefragung von IHK Düsseldorf vom August bis Oktober 2020 zeigt, dass ostdeutsche Unternehmen in besonderem Maße durch die Sanktionen beeinträchtigt sind.(Quellennachweis: Die volkswirtschaftlichen Kosten der bestehenden Sanktionen in Bezug auf Russland)

Der Präsident der Ukraine Wladimir Selenskij hatte die Stichwahl 2019 mit folgenden Wahlversprechungen gewonnen. Den Krieg in der Ostukraine zu beenden und vor allem die

wirtschaftliche Erholung voranzutreiben sowie die Korruption zu bekämpfen. Im Artikel Ukraine „Korrupt wie eh und je“, Süddeutsche Zeitung von 25. Februar 2021 ist zu lesen: Laut Umfragen werde nur ein Fünftel der Ukrainer für Selenskij bei der nächsten Wahl stimmen. Denn seine Wahlversprechen hat er bis heute nicht umgesetzt!

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 2021:

Ukraine 4.828 $, Polen 17.815 $, BRD 42.918 $!

Derzeit befinden sich in der Ukraine 4 Atomkraftwerke in Betrieb. Zur Zeit besteht die Gefahr eines Super-Gaus mit den Angriffen auf das AKW Saporischja in der Ukraine. Die Folgen vom Unglück in Tschernobyl 1986, belasten uns noch heute und sind uns Mahnung genug!

Die “Initiative: Diplomatie statt Krieg!” möchte keine Volksaufstände, wie Außenministerin Annalena Baerbock in einem Interview befürchtete. Wir möchten keine Straßenkämpfe, verletzte BürgerInnen, Polizisten, ausgeraubte Geschäfte, brennende Autos. Wir wollen die Straße nicht den Rechten überlassen, wie der Verfassungsschutz befürchtet.

Weimar ist national und international nicht nur durch Goethe und Schiller bekannt. Die Weimarer Verfassung von 1919 hat weit über Deutschland hinaus Einfluss und Wirkungskraft entfaltet. Das Bauhaus gilt heute weltweit als Heimstätte der Avantgarde der Klassischen Moderne auf allen Gebieten der freien und angewandten Kunst und Architektur.

Das alles gehört zur Identität unserer Stadt und dieser Vorbildrolle müssen wir gerecht werden.

> „Man muß das Wahre immer wiederholen, weil auch der Irrtum um uns her immer wieder gepredigt wird, und zwar nicht von einzelnen, sondern von der Masse.“
> Johann Wolfgang Goethe

Initiative: Diplomatie statt Krieg!

Mit freundlichen Grüßen
Harald Uhlig

---

7. Leserbrief

Nachdem nun bekannt wird, daß Rußland aus technischen Gründen das Erdgas abfackelt, sollte eigentlich jedem Grünen daran gelegen sein diese Emissionen wenigstens sinnvoll zu verwenden.

Das heißt Alles zur volle Wiederinbetriebnahme NS1 zu tun, ggf. auch NS2 in Betrieb zu nehmen.

Ökonomischer und Ökologischer Schwachsinn hoch 3.

Aber wir bleiben dabei – das letzte Gericht wird unsere moralische und ideologische Stanhaftigkeit würdigen.

Das hilft nur leider Keinem !

Von unserem Leser W.G.

Anmerkung zur Korrespondenz mit den NachDenkSeiten

Die NachDenkSeiten freuen sich über Ihre Zuschriften, am besten in einer angemessenen Länge und mit einem eindeutigen Betreff.

Es gibt die folgenden E-Mail-Adressen:

- leserbriefe(at)nachdenkseiten.de für Kommentare zum Inhalt von Beiträgen.
- hinweise(at)nachdenkseiten.de wenn Sie Links zu Beiträgen in anderen Medien haben.
- videohinweise(at)nachdenkseiten.de für die Verlinkung von interessanten Videos.
- redaktion(at)nachdenkseiten.de für Organisatorisches und Fragen an die Redaktion.

Weitere Details zu diesem Thema finden Sie in unserer „Gebrauchsanleitung“.